

Klimaschutzmanagement in Kommunen

Scheitern die Klimaschutzbestrebungen an der Basis?

Es erfordert mehr als nur gesetzliche Vorgaben auf Bundes- und Landesebene zu verabschieden, um den Einstieg in den kommunalen Klimaschutz effektiv umzusetzen. Vielmehr erfordert es, die Bürger auf den Weg zum beabsichtigten Ziel mitzunehmen, um ab 2050 klimaneutral wirtschaften zu können. Jedoch muss man sich vor Augen halten, dass bis 2030 nur wenig Zeit bleibt, die gesetzten Zwischenziele zu erreichen. Des Weiteren sollten hierfür auch die Planungs- und Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energieanlagen bis 2023 abgeschlossen sein, damit die staatlichen Fördergelder im vollen Umfang von Privaten und den Kommunen genutzt werden können. Die Fragen zum Wie, die zur Umsetzung auf kommunaler Ebene Struktur und Orientierung bieten sollten, wurden jedoch von den Regierenden in Berlin bisher nicht beantwortet. Auch das versprochene Informationsportal im beschlossenen Eckpunktpapier Nr. 66, wurde bislang für Bürger und Bürgerinnen, sowie für Unternehmen nicht zur Verfügung gestellt.

Die Institutionen unserer repräsentativen Demokratie haben nach weit verbreiteter Meinung an Gestaltungskraft verloren. Mehr Partizipation durch Bürgerbeteiligung und direkte demokratische Teilhabe wird von manchen als zusätzliche Last empfunden. Beteiligung und Mitwirkung aller relevanten Akteure und Bürger ist für eine wirkungsvolle Klimaschutzpolitik auf kommunaler Ebene aber unabdingbar. Klimaschutz und Nachhaltigkeit erfordern eine grundlegende Transformation, die einzelne Akteure nicht allein erarbeiten, beschließen oder umsetzen können.

Dabei ist Partizipation überaus geeignet, unsere repräsentative Demokratie robuster und zukunftsfähiger werden zu lassen. Partizipation und Bürgerbeteiligung sind der Schlüssel die Menschen zu überzeugen, damit der Umstieg in erneuerbare Energien effektiver wird.

Dazu ist Transparenz und Akzeptanz erforderlich, damit die Umsetzung ohne Konflikte vor Ort mit den ansässigen Unternehmen, Akteuren, Bürgern, Eigentümern und Investoren vorbereitet werden kann. Dabei beruhen die benötigten Beteiligungsprozesse auf sorgfältigen Zielgruppen- und Akteursanalysen, sowie der Auswahl geeigneter Interaktionen.

Die Klimawende wird bundesweit Kosten in 12-stelliger Summe erfordern. Für eine effektive Steuerung dieses Prozesses erfordert es mehr als nur lesen und vergleichen. Es erfordert vielmehr ein qualifiziertes und zielgerechtes Vorgehen aller beteiligten Akteure im Prozess. Zukunftsorientierung und vielseitige Chancen sind mit dem klimaneutralen Wirtschaften verbunden. Wettbewerbsvorteile und Standortsicherung resultieren daraus. Die individuell getroffenen Maßnahmen und Investitionen sind bezahlbar und versprechen eine gute Rendite. Auch die Bremser im Klimaschutz, deren Behauptungen darauf abzielen, dass Klimaschutz nur global effektiv umzusetzen ist, müssen überzeugt werden.

Hierfür müssen effektive Partizipationsmechanismen auf Ebene der Politik implementiert werden.¹ Vernachlässigt die Politik diesen Mechanismus, kann die Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen nicht überzeugt und mitgenommen werden.

Hierfür bleibt meist die Verantwortung bei den vielen Bürgermeistern in Deutschland. Mehr als fünf Jahre bleiben dazu nicht, um die wichtigsten Maßnahmen auf kommunaler Ebene auf den Weg zu bringen, da nach 2025 die Aussichten auf Förderung zum Klimaschutz immer geringer werden.

Welcher Bürgermeister besitzt jedoch die Expertise im Klimaschutz, was für seine Gemeinde aus fachlicher Sicht geboten ist? Er muss sich auf die Beratung seiner fachkundigen

Führungskräfte verlassen. Doch ist die Fachkunde dieser Berater für die zeitnahe Umsetzung eines angepassten Klimaschutzes ausreichend genug?

Fakt ist, dass eine Verzögerung eines wirkungsvollen kommunalen Klimaschutzmanagements gravierende Folgen haben wird. Eine verspätete Umsetzung erzeugt zusätzlichen Aufwand und impliziert erheblich höhere Kosten. Zudem würden die materiellen und immateriellen Folgekosten der Erderwärmung den Lebensstandard unserer Kinder und zukünftigen Generationen belasten, sowie gleichzeitig die Vermögen schmälern.

Corona- Pandemie als Denkanstoß

Die Corona- Krise hat uns deutlich gemacht, dass wir im Klimaschutz nochmal darüber nachdenken sollten, wie schädliche Folgen in Zukunft so gering wie möglich zu halten sind.

Auch durch den Erkenntnisgewinn anhand der Corona- Pandemie, dass je mehr Menschen sich an bestimmte Gebote, Verbote und Regeln halten, dies der Gemeinschaft zugutekommt. Da jedoch ein gemeinsames Handeln bisher schwer ist, dreht sich die Politik im Kreis und findet keine Strategie zur Verabschiedung wirksamer Ansätze.

Der explizite Unterschied zwischen der Corona- Pandemie und dem Klimaschutz liegt darin, dass im Klimaschutz bereits vorausschauend gedacht wurde und wir bisher keine Gebote und Verbote benötigen, sowie wir genau aufgrund wissenschaftlichen Belegens und Expertisen wissen, wie zu Handeln wäre, um Versäumnisse aus der Vergangenheit, spätestens heute für die Zukunft zu korrigieren. Dabei dürfen und können wir uns nicht ausschließlich auf die Regierung verlassen, dass Sie mit Maßnahmen den Prozess alleine effektiv steuert und wir als Bürger und Bürgerinnen uns dabei nach hinten lehnen können.

Vielmehr ist entscheidend, dass alle Bürger und Bürgerinnen auf kommunaler Ebene gemeinsam und zielgerichtet handeln.

Die Corona Pandemie - zwei Billionen Kosten ohne gesamt wirtschaftlichen Nutzen - hat uns gezeigt, dass sich nicht nur die Welt verändern muss. In Deutschland müssen nach mehrheitlicher Expertenmeinung etwa 2 Billionen € aufgewandt werden, um die verabschiedeten Ziele zur Minderung der CO₂-Belastung bis 2050 zu erreichen⁹. Zudem ist eine stetige Erhöhung des nationalen CO₂-Emissions- Preises nicht die beste Lösung, weil diese Abgaben steigen. Allein Lebende, kinderlose Paare und Familien wird es härter treffen¹ AWA 2019²; s. auch MCC³. Auch hier muss die Regierung nachsteuern.

Die Klimaziele auf kommunaler Ebenen mit den Bürgern gemeinsam zu erreichen, ist also einfacher als die Vorgabe und Beeinflussung von oben.

Wie der Weg auf das Ziel beim Klimaschutz von der kommunalen Ebene unterstützt werden kann.

Jahrzehntelanger Verbrauch von Kohle und Erdöl haben unsere Umwelt stark verschmutzt.

Fossile Energieerzeugungen haben deshalb auch bei uns keine Existenzberechtigung mehr, wenn das größte und bevölkerungsreichste Land mit weiteren Industriestaaten, die Diesel und Benzin angetriebenen Fahrzeuge zukünftig nicht mehr zu zulassen. Für Staaten und Institutionen, die bisher nicht auf erneuerbare Energien setzen, werden langfristig Defizite verbuchen müssen. Grund hierfür ist die sinkende Nachfrage von Endprodukten wie Diesel und Benzin. Dies impliziert, dass Investitionen in die verarbeitende Erdölindustrie geringer ausfallen, um die Produktionskapazitäten an den Bedarf anzupassen.

Betroffene Sektoren auf kommunaler Ebene

Der Verkehr in Deutschland hat als absolut größter Sektor auch den größten Anteil an externen Kosten. Kosten, die wir zur Erhaltung einer natürlichen Umwelt tragen müssen und bisher stark vernachlässigt haben. Jedoch wird uns das jahrzehntelange unterlassene Einpreisen, heute und in Zukunft ein Vielfaches mehr kosten.⁵

Dabei dürfen heute und in Zukunft die nachhaltigen Klimaschutzmaßnahmen, nicht ausschließlich nach ökologischen Gesichtspunkten behandelt werden. Vielmehr ist es zwingend erforderlich die ökonomischen Faktoren primär, zu beachten, damit der Prozess zur Erhaltung einer natürlichen Umwelt, hinreichend Rechnung getragen wird.

Neben dem Verkehr und den damit verbundenen CO₂-Emissionen haben weitere Sektoren auf kommunaler Ebene, wie die Stadtsanierung- und Entwicklung, Abfallbeseitigung oder dem Landverbrauch, die gleiche Bedeutung zur Zielerreichung. Im direkten Vergleich dieser Sektoren, implizieren jedoch die CO₂-Emissionen aus dem Verkehr die größten Anstrengungen. Diese müssen nach den Expertisen, um jeweils 2/3 gesenkt werden.

Eine weitere Problematik, die sich im Prozess herauskristallisiert hat, findet Ihren Ursprung in der energetischen Gebäudesanierung. Diese sind nämlich mit enormen Kosten verbunden. Aufgrund der Tatsache, dass Bürger und Bürgerinnen nicht immer bereit und fähig sind hohe Kosten für einen umweltfreundlichen Prozess zu tragen, gilt es hier Überzeugungsarbeit auf kommunaler Ebene zu leisten. Beispielhaft seien hier die energetische und serielle Gebäudesanierung genannt.

Es gilt auf allen Ebenen eine effektive Überzeugungsarbeit zu leisten, da für einen Umstieg und die damit verbundene Nutzung von erneuerbaren Energiequellen, eine adäquate Infrastruktur zu implementieren ist.

Ankündigen vs. Umsetzen.

Der beschlossene deutsche Weg zu mehr Klimaschutz, bildet das Eckpunktpapier der Bundesregierung. Dieses soll bei der Orientierung Abhilfe leisten, um das „2 C° Ziel zur Begrenzung weiter ansteigender Temperaturen auf Land- und Wasseroberflächen“ zu erreichen. Jedoch liegen Meinungen des eigens beauftragten Sachverständigen und Klimarates vor, dass die angestrebten Klimaziele durch die alleinige Orientierung an das Eckpunktpapier bis 2030 nicht erreicht werden.^{6 7} Neben diesen Ansagen ist des Weiteren ersichtlich, dass auf Bundes- und Landesebene vielfältige Meinungen, Vorstellungen und unterschiedliche Strategieansätze vorliegen, die angestrebten Ziele bis 2030 erreichen zu wollen. Diese irritieren vielmehr die Orientierung auf kommunaler Ebene. Auch sollten für jede Gemeinde die individuell zu bestimmenden Maßnahmen keiner Denk-, und Meinungsüberzeugung folgen. Sie sollten nur den Zweck verfolgen, dass so viel wie möglich erneuerbare Energieanlagen, gemeinsam mit den örtlichen Akteuren in der Gemeinde sichergestellt werden.

Erneuerbare Energien sind für mittelständige Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor.

Die Umstellung auf Wasserstoff in der Grundstoffindustrie ist erforderlich, wenn man die energieintensiven Branchen in Deutschland erhalten will. Damit dies langfristig Realität werden kann, bedarf es an erheblichen Investitionen. Diese Subventionen müssen wir bis zum Zeitpunkt, indem uns der Umstieg international einen Vorteil verschafft, gemeinsam tragen. Ein Umstieg und die Etablierung der benötigten Infrastrukturen muss sofort erfolgen, da sich die Kosten für einen Fremdbezug von Strom in Zukunft um ein Vielfaches erhöhen werden. Erfolgt die Umstrukturierung nicht zeitnah, sodass ortsansässige Unternehmen dadurch erneuerbare Energieanlagen nicht errichten und nutzen können, ist deren Wettbewerbsfähigkeit ebenfalls gefährdet.^{8 9}

Die Defizite und wie sie beseitigt werden können.

Die kommunale Verwaltung kann bislang aufgrund fehlender Ermächtigungsgrundlagen und finanziellen Ressourcen nur strikt die Vorgaben umsetzen, die von Bundes- und Landesebene vorgegeben werden. Klimaschutz ist für Sie bis dato noch keine Pflichtaufgabe. Erforderlich ist aber hier tätig zu werden, um den örtlichen Umstieg zu gewährleisten. Zeit- und Bürgernah muss der Prozess realisiert werden. Dabei muss am Anfang eine Sensibilisierung der Bürger und Bürgerinnen erfolgen. Allein schon deshalb, weil im Durchschnitt drei von vier Bürgern und Bürgerinnen denken, dass unser Klima nicht gefährdet sei. Es gilt somit schnellstens die Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen zu überzeugen, dass eine Abkehr von fossilen Energieträgern und der Umstieg auf erneuerbare Energien eine Trendwende zu neuem Wohlstand bedeutet.

Hierbei bestehen jedoch diverse Hürden, die den Prozess auf kommunaler Ebene beeinträchtigen könnten. Es besteht beispielsweise das Risiko, dass Verwaltungen auf kommunaler Ebene ohne Hilfe, Hinweise und Unterstützung nicht effektiv und effizient handeln können. Auch die gewährte Unterstützung aus der EU, von Bund und Ländern reicht nach Expertenaussagen nicht aus. Der langjährige Stellenabbau und der Fachkräftemangel verschärfen zusätzlich die Situation auf kommunaler Ebene, um die Steuerung und Projektbegleitung der notwendigen Prozesse adäquat zu gewährleisten.

Das gelingt meist nur Projektmanagern, die über eine langjährige Berufserfahrung verfügen und wissen, wie verwendbare Tools im Prozess anzuwenden sind.

Ob und inwiefern eine kommunale Verwaltung über Fachwissen und Erfahrung verfügt, kann mithilfe der Bemerkungen vom Bundesgerichtshof beantwortet werden.

Der Bundesrechnungshof hat in seinen Bemerkungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung,¹⁰ die Bedeutung einer strukturierten Vorgehensweise für einen erfolgreichen Projektverlauf hervorgehoben und die kritischen Erfolgsfaktoren benannt. Demzufolge können Projekte nur wirtschaftlich durchgeführt werden, wenn hierbei ein besonderes Augenmerk auf die Professionalität zur Einhaltung von Terminen, Zeit, Kosten, Ressourcen und Qualität gelegt wird.

Das Konzept für die kommunale Ebene, am Beispiel für die örtliche Infrastruktur.

Um die angestrebten Klimaziele zu erreichen, müssen die Treibhausgasemissionen im Verkehr, der für ein Fünftel der CO₂-Emissionen verantwortlich ist, um mindestens 2/3 reduziert werden. Dies impliziert eine individuelle Gestaltung einer klimafreundlichen Mobilität und ist als Querschnittsaufgabe der kommunalen Daseinsfürsorge zu sehen. Hierbei wird gleichzeitig, das langfristige Ziel angestrebt unsere Wohn-, Freizeit-, und Lebensqualität zu steigern, sowie das öffentliche Zusammenleben zu fördern⁴.

Hierbei kann nur die professionelle Strategie helfen, die alle notwendigen Aufgaben und Maßnahmen schon bei der Ideenfindung bestimmt und dieser untergeordnet sind.

Eine kleine Anzahl an vorbildlichen Kommunen, die mit klarer Strategie den Klimaschutz bewältigen wollen sind schon so weit, um die in Aussicht stehenden Fördermittel sofort nutzen zu können. Jedoch fehlen für die große Mehrheit der kleinen und mittleren Kommunen bislang die Bestandsanalysen, um die Fördermittel in Anspruch nehmen zu können.

Die Umsetzung muss jetzt und sofort beginnen.

In der Umsetzung kristallisieren sich die größten Hindernisse heraus, die kleine und mittlere Kommunen voraussichtlich nicht alleine bewältigen können. Denn es erfordert sehr umfangreiche Kenntnisse, neues Fachwissen und hoch qualifiziertes Personal. Jedoch können dieses für die zeitlich begrenzte und rechtzeitige Projektrealisierung nicht noch eigens ausgebildet werden. Für eine erfolgreiche Projektrealisierung ist demnach ersichtlich, dass die kommunale Verwaltung auf die Expertise von Beratungsgesellschaften zurückgreifen sollte.

Gez. Klaus Everts

Bad Oeynhausen, den 18.08.2020

Der Autor: Dipl.-Ing. Klaus Everts hat langjährige Erfahrung in der Beratung der öffentlichen Hand. Umweltberatung gehörte zu seinem Kernbereich. Er hat eine Vielzahl von unterschiedlichsten Projekten, von der Idee über die Planung, Genehmigung, Umsetzung bis zum Abschluss erfolgreich geleitet. Er gehört keiner Partei an.

Fundstellen Expertisen, Fachliteratur und praktische Handlungsleitfäden:

¹ SUR, Umweltgutachten 2020, „Für eine entschlossene Umweltpolitik in Deutschland und in der EU“ Sachverständigenrat für Umweltfragen, 558 Seiten.

² AWA 2019, Michael Sommer „Soziale Spaltung: Driften die Schichten auseinander? 35 Seiten Handout; DIW Politikberatung Kompakt Nr.138 „Für eine soziale CO2-Bepreisung“ 2019, 40 Seiten.

³ MCC Working Paper 1/2018, *Eckpunkte einer CO2-Reform für Deutschland, Kap.5 Verteilungswirkungen*, 24 Seiten.

⁴ Praxisleitfaden Difu, „Klimaschutz in Kommunen“, 3. Überarbeitete Auflage, 2018, 459 Seiten.

⁵ Allianz pro Schiene, Aug. 2019, „Externe Kosten des Verkehrs in Deutschland“, Schlussbericht Zürich, 37 Seiten. Und „Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen zur Legitimation von Umweltpolitik“, Sondergutachten Juni 2019, Herausgeber, Sachverständigenrat für Umweltfragen, 270 Seiten.

⁶ IPCC, „1,5 °C globale Erwärmung“, Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger, Klimaänderung 2014, Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen, © 2018 Intergovernmental Panel on Climate Change, Originalfassung, Englische Fassung, 164 Seiten.

⁷ Sondergutachten, Juli 2019, „Aufbruch zu einer neuen Klimapolitik“ vom Sachverständigenrat für gesamtwirtschaftliche Entwicklung, S.157.

⁸ „Eine Wasserstoff-Roadmap für Deutschland“ Fraunhofer vom Oktober 2019, 51 Seiten.

⁹ „Klimapfade für Deutschland“ Boston Consulting Group BCG/ Prognos AG, Januar 2018 im Auftrag BDI, 290 Seiten.

¹⁰ BRH, „Bedeutung der strukturierten Vorgehensweise für den erfolgreichen Projektverlauf“, in Hrsg. Bundesregierung/ Praxisleitfaden Projektmanagement 2007

¹¹ Praxisleitfaden Difu, „Klimaschutz in Kommunen“, 3. Überarbeitete Auflage, 2018, 459 Seiten. Kap. A 1, Handlungsfelder der Kommunen S. 25; Kap. A 2 S. 38 bis 43; Kap. B 6, S. 276 und Kap. A7, Standortentwicklung für erneuerbare Energieanlagen, Seiten 133 – 150.

¹² CO2 neutral bis 2035 „Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze“, Bericht Okt.2020, Wuppertal Institut, Diskussionsbeitrag für Fridays for Future Deutschland mit finanzieller Unterstützung durch die GLS Bank, 113 Seiten.